

EINGEGANGEN
29. AUG. 2023

1 **Leitantrag zum Kreisparteitag am 16.09.2023:**

2 **Der CDU Kreisparteitag möge beschließen:**

3

4 **Den Menschen im Mittelpunkt. Krankenhausstrukturen der Realität anpassen.**

5 Mit der Krankenhausstrukturreform plant die Bundesregierung eine umfangreiche
6 Veränderung für die Krankenhäuser in unserem Land. Bund und Länder haben ein
7 Eckpunktepapier beschlossen, das jedoch mehr Fragen aufwirft als beantwortet.

8 Bis zum endgültigen Start der Reform besteht aber weiter dringender Handlungsbedarf bei
9 Bund und Ländern, um bestehende Standorte zu sichern. Bedarfsnotwendige Kliniken dürfen
10 nicht vor Eintritt in die Reform bereits Opfer von Investitionsstau und Liquiditätsengpässen
11 werden. Es gilt auch die notärztlichen Bereitschaftsdienste und die Rettungswachen
12 bezüglich der erweiterten Aufgaben anzupassen.

13 Das Ziel der Reform muss es sein, dass jeder Patient unabhängig vom Wohnort, eigener
14 Gesundheitskompetenz und finanziellen Möglichkeiten einen flächendeckenden Zugang zu
15 stationärer Versorgung hat.

16 **Häuser nicht ausbluten lassen – Versorgung für den ländlichen Raum sichern**

17 Sowohl Bund als auch Länder müssen bereits jetzt einen Rahmen schaffen, der die Häuser in
18 die Strukturreform hinein begleitet. Die Transformation der Krankenhausstruktur
19 Deutschlands kann nur gelingen, wenn bereits vor 2026 finanzielle Mittel für die Häuser zur
20 Verfügung stehen. Eine große Anzahl an Häusern befindet sich bereits jetzt in finanzieller
21 Schieflage. Die Inflation und hohe Energiepreise verschärfen bereits bestehende Probleme.
22 Ohne weitere und zügige Hilfen werden sie nicht bis 2026 durchhalten. Eine kalte
23 Strukturreform muss verhindert werden.

24 Bei dem gewünschten Wechsel zu mehr ambulanten Leistungen spielt neben der
25 Finanzierung auch eine gute Erreichbarkeit der Kliniken eine entscheidende Rolle. In der
26 Anfangszeit müssen entweder gleiche Vergütungen wie bei stationärer Versorgung gezahlt
27 werden oder finanzieller Ausgleich für bauliche und medizinisch-technische Anpassungen
28 über einen Strukturfonds von Bund und Ländern gezahlt werden.

29 Das Land Schleswig-Holstein muss den Kliniken im Kreis nun zügig die Leistungsgruppen
30 zuweisen, damit diese sich für die Zukunft aufstellen können. Sie müssen wissen, wie hoch
31 das Vorhaltebudget für 2026 sein wird.

32 Konkret fordern wir:

- 33 • Die Kostensteigerungen durch Inflation und Energiekostensteigerung müssen für
34 Krankenhäuser ausgeglichen werden.
- 35 • Neue Rahmenbedingungen, die vor dem Reformbeginn 2026 greifen und den Häusern in
36 die Reform hineinhelfen. Entweder durch anfangs gleiche Vergütung stationärer und
37 ambulanter Versorgung oder einen Strukturfonds der notwendige bauliche und
38 medizinische-technische Anpassungen trägt.
- 39 • Die zügige Zuweisung der Leistungsgruppen durch das Land.

40 **Klinikstandorte in Nordfriesland stärken und sichern**

41 Das Klinikum Nordfriesland ist mit seinen Standorten Husum, Niebüll und Wyk auf Föhr
42 sowie dem zukünftigen medizinischen Versorgungszentrum(MVZ) in Tönning unverzichtbar
43 für unseren Kreis. Bedingt durch die große Fläche bei gleichzeitig kleinteiligen Strukturen
44 unserer Inseln und Halligen, sind wir auf das Klinikum Nordfriesland angewiesen. Neben dem
45 Vorhaltebudget sind die Häuser auch auf individuelle Sicherstellungszuschläge angewiesen.
46 Wir müssen in Nordfriesland die bedarfsnotwendige stationäre Versorgung sicherstellen.

47 Für unsere regionalen Besonderheiten im Kreis Nordfriesland ist auch das Vorhalten einer
48 schnell erreichbaren Geburtsstation und eines „Boarding-Hauses“ für Schwangere kurz vor
49 Entbindung in Husum wichtig. Die Risiken bei Geburten, die insbesondere durch die
50 schwierige Versorgungslage auf unseren Inseln und Halligen bestehen, müssen durch solche
51 Einrichtungen gesenkt werden. Gerade in einem Flächenkreis dürfen nicht nur Fallzahlen der
52 Geburten zugrunde liegen. Es muss auch die schnelle Erreichbarkeit eine Grundlage für
53 Entscheidung für die Leistungsgruppen sein.

54 Konkret fordern wir:

- 55 • die Sicherstellung der stationären Versorgung in Nordfriesland durch Vorhaltebudget und
56 individuelle Sicherstellungszuschläge für die Häuser des Klinikums Nordfriesland.
- 57 • den Erhalt einer schnell erreichbaren Geburtsstation und des „Boarding-Hauses“ für
58 Schwangere.
- 59 • die Berücksichtigung weiterer Faktoren neben den Fallzahlen, die zu Entscheidungen für
60 Leistungsgruppen führen, insbesondere die schnelle Erreichbarkeit.

61 **Antworten auf den Arbeits- und Fachkräftemangel finden**

62 Bei der Krankenhausversorgung spielt auch der Arbeits- und Fachkräftemangel im
63 Gesundheitssektor eine zentrale Rolle. Dieser darf nicht zusätzlich dadurch verschärft
64 werden, dass durch weniger Kliniken, künftig weniger Ausbildungsstellen für Fachärzte zur
65 Verfügung stehen. Der Einsatz teurer Honorarkräfte stellt dabei auch ein Problem dar, da
66 unter anderem der höhere finanzielle Aufwand im Bereich der Pflege nicht erstattet wird.
67 Der Einsatz von Honorarkräften wirkt sich auch negativ auf die Arbeitsmoral von
68 Stammpersonal aus.

69 Es ist nicht länger tragbar, dass durch solche Kräfte Kliniken mit Millionen von Mehrausgaben
70 belastet werden. Hierfür gibt es mehrere Lösungsansätze, die von einem kompletten Verbot
71 der Leiharbeit im gesamten Pflegebereich bis hin zu festgelegten Quoten beim Personal
72 führen.

73 Konkret fordern wir:

- 74 • eine Lösung der Probleme durch Einsatz von Honorarkräften für Kliniken und deren
75 Stammpersonal.
- 76 • keine weitere Reduzierung von Ausbildungsstellen für Fachärzte.

77

78 **Die Begründung erfolgt mündlich.**

79 Für den Antragsteller CDU Kreisvorstand Nordfriesland:

80 Kreisvorsitzende Astrid Damerow, MdB